

# Beilage zu Nummer 200 der Volksstimme.

Freitag den 27. August 1915.

## Wiesbadener Angelegenheiten.

Wiesbaden, 27. August 1915.

### Briefverkehr mit deutschen Zivilgefangenen in Russland.

Nach einer Entscheidung der russischen Regierung ist den deutschen Zivilgefangenen in Russland der unmittelbare Briefverkehr mit der Heimat untersagt, weil sie sich nicht in Konzentrationslagern befinden, sondern nur gezwungen sind, in den ihnen angewiesenen Ortschaften zu leben, und daher ihr Postverkehr den allgemeinen Bestimmungen zu unterwerfen ist. In Deutschland können daher Postsendungen an diese Gefangenen nicht mehr nach Art der Kriegsgefangenenpostsendungen unmittelbar, sondern nur noch durch Mittelspersonen im neutralen Ausland verandt werden.

Zur Vermittelung dieses Verkehrs hat sich der Deutsche Hilfsverein in Stockholm erboten, welcher dort seit dem Jahre 1876 besteht und während des Krieges den brieflichen Verkehr mit Deutschland nach und nach den übrigen kriegsführenden Ländern zu vermitteln unternommen hat. Der Verein berechnet für seine Dienste nichts, bittet jedoch jedem Briefe für Portoauslagen zwei internationale Post-Antwortscheine, die zum Preise von 25 Pfennig bei den Postämtern erhältlich sind, beizufügen.

Die Briefe können in deutscher Sprache, müssen jedoch mit lateinischen Buchstaben deutlich geschrieben werden und sind dem Verein in dem für den Empfänger bestimmten genau adressierten und offenen Umschlage einzulegen, ebenfalls in offener Umschlag. Soweit erforderlich, wird die Adresse für die Weiterleitung nach Russland überlekt werden. Genau und deutliche Adresse des Absenders und Empfängers ist dem Verein jedesmal anzugeben, da täglich viele Hunderte von Briefen einlaufen. Die Adresse des Absenders ist auch in dem weiterzuführenden Briefe anzugeben, da sonst der Verein Briefe, die als unbestellbar zurückkommen, den Absendern nicht wieder zurücksenden kann. In den Briefen darf kein politisches Thema berührt werden. Es empfiehlt sich auch, nichts oder nur sehr wenig vom Kriege in den Briefen zu erwähnen. Jede Zeile wird von der Kriegszensur gelesen und Briefe mit beanspruchtem Inhalt erreichen die Adressaten niemals. In jedem Briefe ist der Deutsche Hilfsverein in Stockholm als Vermittler anzugeben, um dem Empfänger sofort klar zu machen, auf welchem Wege derselbe antworten kann. Die an den Verein gerichteten Beschriftungen sind zwar genau, aber so kurz wie möglich abzufassen.

Der Verein läßt jedem Absender eine Benachrichtigung über die Weiterbeförderung eingehender Briefe zugehen. Für den Fall, daß der Verein Telegramme besorgen soll, ist gleichzeitige Einfindung des ungefähren Betrages der Kosten (das Wort nach Russland etwa 30 Pfennig) erforderlich. Ein etwaiger Ueberschuß wird nur auf Wunsch dem Absender zurückgeliefert, sonst für die guten Zwecke des Vereins verwandt. Befestigungen können durch den Verein nicht besorgt werden.

In der Mitgliederversammlung des Sozialdemokratischen Vereins, die gestern abend abgehalten wurde, gab Genosse Bickhoff zunächst die Abrechnung vom 1. Quartal bekannt, an die sich keine Diskussion anknüpfte. Dann wurde der Vorstand durch weitere 4 Genossen ergänzt. Bei dieser Gelegenheit wünschte der Vorsitzende, die Genossen möchten sich doch mehr als bisher der Kleinarbeit, vor allem der Einziehung der Beiträge widmen. Es kam doch nicht angeden, daß in einer Reihe von Bezirken die Mitgliedsbeiträge nicht eingezogen werden, weil die Genossen zur Arbeit nicht zu haben sind. Ein Genosse vertritt die Ansicht, daß den Vertrauensleuten für ihre Mühe und Arbeit auch Rechte bei Besichtigung von Konferenzen usw. eingeräumt werden. Wenn die in der Kleinarbeit tätigen Genossen bei solchen Gelegenheiten größere Bedeutung im Vorstand finden würden, wäre in der Folge manches besser. Auf Vorschlag des Genossen Müller wird der Vorstand beauftragt, demnächst eine erweiterte Vorstandssitzung einzuberufen, wo diese Frage eingehend besprochen werden soll. Die Diskussion über den Be-

schluß der letzten Kreisversammlung, die am 18. August vertagt werden mußte, gestaltete sich wiederum recht lebhaft, war aber streng sachlich gehalten. Das Für und Wider gegen den gefaßten Beschluß wurde eingehend besprochen und schließlich mit 14 gegen 13 Stimmen beschlossen, aus taktischen Gründen der Resolution nicht beizutreten. Die Versammlung wurde um 12 Uhr geschlossen.

**Obst- und Gemüse-Großmarkt.** Wir machen darauf aufmerksam, daß Dienstag und Freitag, morgens von 6 bis 8 Uhr, auf dem Deutschen Platz neben dem Rathaus der Obst- und Gemüse-Großmarkt stattfindet. Die Bestimmungen sind im Inseratenteil der heutigen Nummer ersichtlich.

**Die städtischen Volls- und Mittelschulen und der Krieg.** Von den Lehrern unserer Volls- und Mittelschulen haben zurzeit 116 im Felde, 23 Vertretungen, männliche und weibliche, sind eingeteilt, 5 Lehrer sind gefallen. Im Laufe des Schuljahres wurden 4 Lehrkräfte pensioniert und 2 (ein ordentlicher Lehrer und 1 Hilfskraft) sind gestorben. In einzelnen Städten der Rheinprovinz hat man sich gegenüber dem Lehrermangel, wie er durch den Krieg verursacht ist, zu helfen gesucht, indem man die Schullehrer, welche zu Ostern eintreten sollten, um ein halbes oder gar ein ganzes Jahr zurückstellte; es ergaben sich dabei aber derartige Anzutragschreiben, daß eine Konferenz der Schulaufsichtskollegien und der Vertreter der Schulverwaltungen der größeren Städte unserer westlichen Provinzen zu dem Beschlusse gekommen ist, zu empfehlen, von weiteren Hinauschiebungen der Schulpflicht abzusehen zu wollen. Unabkömmlichkeitsbescheinigungen wurden hier in Wiesbaden grundsätzlich von der städtischen Schulverwaltung nicht abzugeben, während das anderwärts geschieht.

**Königliche Schauspielerei.** Das königliche Theater leitet seine neue Spielzeit am 1. September d. J. mit „Tristan und Isolde“ ein, bei welcher Gelegenheit Fräulein Engleth zum erstenmal die „Isolde“ singen wird; neubestimmt sind ferner die Partien der „Brangäne“ mit Fräulein Haas und des „Kurwenal“ mit Herrn de Garmo. — Die Oper bereitet zunächst eine vollständige Neueinstudierung von Mennerbeers „Hugenotten“ vor, welche noch in der ersten Hälfte des September in Szene gehen wird. Hierauf wird Smetanas Oper „Die verkaufte Braut“ wieder in den Spielplan aufgenommen werden, auf welche eine Aufführung von Peter Cornelius' „Der Barbier von Bagdad“ folgen soll. Weiter bereitet der Opernspielplan noch Wiederholungen von Nicolais „Lustigen Weibern“, Glucks „Armide“, Strauß' „Rosenkavalier“, Gounods „Morgens“ und Mozarts „Figaros Hochzeit“ (letztere Oper mit Regalitäten an Stelle der bisherigen Dialoge) vor. Zugänglich einer Erstaufführung von Schillings „Mona Lisa“ werden auch Unterhandlungen gepflogen. — Das Schauspiel beginnt seine Tätigkeit am 8. September mit einer Neueinstudierung von Shakespeares Lustspiel „Der Widerspenstigen Zähmung“ mit Frau Cornelia Gebühr als „Katharina“ und Herrn Overth als „Petruccio“. Fräulein Rosa Wohlgemuth, die neuerpflichtete Charakter-Darstellerin und komische Akte, bisher an den Münchener Kammerspielen tätig, wird als erste größere Rolle die „Mathe Null“ in Kleists „Der zerbrochene Krug“ und die „Bürgermeisterin“ in Ludwig Thomass am Hoftheater noch nicht gegebener „Lokalbahn“ spielen. Sonst sind für den ersten Spielmonat noch folgende Aufführungen in Aussicht genommen: „Hygieie auf Tauris“, diesmal mit Fräulein Eidelshelm in der Titelrolle, „Die Rabensteinerin“, „Bürgerlich und romantisch“, „Die die Alten sangen“ und endlich eine Neueinstudierung von Ludwig Fuldos „Die Jünglingschwester“ mit Frau Gebühr in der Titelrolle.

**Königliches Theater (Schauspielgesellschaft Rina Sandow).** Eine einmalige Aufführung von Ibsens „Kora“ mit Rina Sandow in der Titelrolle findet am Samstag statt. Am Donnerstag geht Hartlebens Komödie „Die Erziehung zur Ehe“ und am Freitag Björnsens Lustspiel „Wenn der junge Wein blüht“ in Szene.

**Schlachtfressende Pferde.** Der Leipziger Tierzucht-Verein, Johannisstraße 14, schreibt uns: „Viele Tierhalter werden schon wiederholt die Beobachtung gemacht haben, daß manche Pferde trotz genügenden Futters und leichter Arbeit einen schlecht genährten Eindruck machen und zusehends abmagern. Nach unseren langjährigen Erfahrungen leiden in diesen Fällen die Pferde meistens an „Schiefzähnen“, d. h. sie sind mit Zähnen behaftet, an denen sich scharfe Kanten gebildet haben, die Zahnfleisch und Zunge verletzen und dem Tier beim Auen Schmerzen bereiten. Das Pferd frisst infolgedessen nur langsam und läßt das Futter, das es mit Anlust nimmt, größtenteils im halbzerrauten Zustand wieder aus dem Maul fallen. Die Nachteile für das Tier und seinen Besitzer sind offensichtlich. Es werden deshalb alle Pferdehalter gebeten,

bei schlachtfressenden Tieren die Zähne durch einen Tierarzt nachsehen und abfeilen zu lassen. Die Fresslust wird sich dann sofort wieder einstellen und das Tier wieder kräftiger und leistungsfähiger werden.“

**Familienunterstützung und Wochenhilfe.** Es sind Zweifel darüber entstanden, ob Ehefrauen oder Kinder die Familienunterstützung auf Grund des Gesetzes vom 28. Februar 1888 und 4. August 1914 unter der Begründung verweigert werden kann, daß der Fall der Bedürftigkeit nicht mehr vorliegt, nachdem den Ehefrauen Wochenhilfe gewährt worden ist. Tatsächlich ist, wie die „Volkszeitung“ schreibt, in solchen Fällen die Familienunterstützung bereits vielfach verweigert worden, was zu erheblichen Klagen Veranlassung gegeben hat. Um eine Klärung der Sachlage herbeizuführen, hat die Reichsregierung in einem Rundschreiben an die Bundesregierungen darauf hingewiesen, daß es der Absicht des Gesetzgebers zuwiderlaufen würde, wenn eine Anrechnung der Familienunterstützung auf die Wochenhilfe erfolgt. Der Gesetzgeber ist vielmehr davon ausgegangen, daß in allen Fällen, in denen die Voraussetzungen für die Gewährung von Wochenhilfe vorliegen, diese außer der im Gesetz vom 28. Februar 1888/4. August 1914 vorgesehenen Unterstützung zu gewähren ist, falls im Einzelfalle die Bedürftigkeit im Sinne dieses Gesetzes gegeben ist. Nach dieser maßgebenden Auffassung dürfte eine Rückgängigmachung der bereits erfolgten Anrechnung der Familienunterstützung auf die Wochenhilfe in den besagten Fällen zu erwarten sein.

## Aus den umliegenden Kreisen.

### Aus dem Hanauer Stadtparlament.

Zu lebhaften Auseinandersetzungen kam es gestern zwischen den Sozialdemokraten und den Wortführern der bürgerlichen Mehrheit anlässlich der Beratung des sozialdemokratischen Antrages auf Erhöhung der städtischen Unterstützung der Familien der Kriegsteilnehmer von 100 auf 150 Prozent. Einmütig lehnten die Herren den nur zu berechtigten sozialdemokratischen Antrag ab. Man verweigert sich sogar noch zu einer unerhöhten Verhöhung der Frauen der Kriegsteilnehmer. Statt die Kriegsteilnehmer zu erhöhen, verweist man die Frauen an die Suppenküchen und vertreibt sie auf die private Fürsorge. Das ist das A und O bürgerlicher Sozialpolitik. Not und Elend sind den fottien bürgerlichen Herren unbekante Begriffe. Mein Wunder, wenn dann auch der Freisinnsmann Noll zu erklären wagte, der größte Teil der Kriegserkrankten künde sich mit der Kriegsunterstützung besser, als mit dem Einkommen des Mannes vor dem Kriege. Dieses kostbare Verständnis eines Arbeitgebers werden sich die Hanauer Arbeiter merken müssen. Mit dieser Aechterung hat er offiziell die tieferen Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Hanauer Arbeiter zugegeben; Sache der Gewerkschaften wird es sein, nach dem Krieg auf Grund des Obigen Eingeständnisses den Unternehmern tüchtig zu Leibe zu rufen.

Mit der Begründung des Antrages war der Vorsitzende unserer Fraktion, Genosse Dr. Wagner, beauftragt worden. In großzügiger Weise ging der Redner mit Tatsachenmaterial auf die Materie ein. Er führte etwa aus: Eine Vergrößerung unserer Anträge im Pleban könnte ich mir wohl sparen, weil wir wissen, daß wir keinen Ehren predigen und Sie auch heute den Kriegserkrankten die erhöhte Unterstützung im Zeichen der Lebensmittelknappheit und des gewaltigen Völkerrings nicht bewilligen werden. Hat doch der Finanz-ausschuß gegen meine Stimme die Erhöhung der Unterstützungssätze um 50 Prozent abgelehnt. Aber die Sache ist es wert, daß heute in voller Öffentlichkeit gesagt wird, wie Sie darüber denken. Der Magistrat hat nach der Erklärung des Herrn Oberbürgermeisters ebenfalls einstimmig Ablehnung beschlossen. Der Magistrat hat sich damit wieder gegenüber den minderbemittelten Klassen in einer Rolle gezeigt, die verdient, niedriger gehängt zu werden. Ich weiß, meine Herren, ich rede ja hier für eine verlorene Sache. Haben wir doch bereits im Januar einen ähnlichen Antrag gestellt, den Sie damals ablehnten mit der Motivierung, man solle zunächst einmal abwarten, wie sich die Verhältnisse gestalten würden. Es sind mittlerweile sieben Monate ins Land gegangen, die Lebensmittelpreise sind trotz vieler Entlaste teilweise gestiegen, Sie werden noch mehr steigen, wie Staatssekretär Dr. Debrück auch im Reichstag ausgeführt hat. Mit der gehobenen geringen Erhöhung würde die geradezu verwerfliche Lage eines großen Teiles der Kriegserkrankten noch nicht behoben werden. In schwerer Weise sind im Finanz-ausschuß die 2600 Kriegserkrankten beleidigt worden. Herr Stadtvordneter Noll begründete zum Beispiel seinen ablehnenden Standpunkt damit, daß er erklärte, den Kriegserkrankten ginge es besser, wie vor dem Kriege. Die Kriegserkrankten wüßten die Unterstützung nur nicht

## Feuilleton.

### Brest-Litowsk und die Sümpfe.

Am „Tag“ schrieb am Tage vor dem Fall der Festung Oberst Immanuel u. a.:

Unter den festen Blasen Westrusslands nimmt Brest-Litowsk, das jetzt vereint ist und seines unvermeidlichen Geschicks wartet, insofern eine Sonderstellung ein, als die russische Kommandierung gerade diese Festung für besonders wichtig hielt und in den letzten Jahren viel für ihre Verstärkung getan hat. Ein Blick auf die Karte belehrt uns über ihre strategische Wichtigkeit. Drei große Eisenbahnen Westrusslands schneiden sich hier, wo die Linien von Warschau, Cholm, Brest-Litowsk, Kowel—Kiew, Gomel—Moskau, Minsk sich vereinigen, fast durchweg zweigleisige Strecken.

Im Osten von Brest-Litowsk dehnt sich das größte Sumpfgelände Europas, das Poljesje, aus, ein fast menschen- und wogeloses Land von der Größe des Königreichs Bayern, überall Moor, Wald, Seen, Wasserläufe, ein Raum, der die Bewegungen großer Heere ausschließt. Allerdings hat die russische Regierung sehr viel getan, um diese Einöden trocken-zulegen, der Wald- und Feldkultur zu gewinnen, auch zu bebauen. So hat das gefährdete Sumpfland manches von seinen Gefahren und Schrecken verloren, seit 1875 sind mit einem Aufwand von fast 80 Millionen Rubel etwa 57 v. H. des Sumpfbodens der regelrechten Bestellung gewonnen worden. Aber fast die Hälfte des riesigen Raumes ist noch immer unbetretbar, auch die entsumpften Ränder sind ein Boden schlechten, der noch gründlicher Arbeit bedarf, bis er den Ackerbaugebieten Polens, Volhyniens, Litauens annähernd gleichkommt. In regenreicher Zeit ist die Gangbarkeit überall sehr erschwert. Der am wenigsten gefährliche Teil des Poljesja ist der westliche, und gerade dieser wird durch Brest-Litowsk beherrscht. Je weiter man nach Osten kommt, desto breiter und tiefer werden die Sumpfstrecken, namentlich im Raum, der durch die Städte Sluzk und Bobruisk im Norden, Kowel und Dzwirsk im Süden begrenzt wird.

Brest-Litowsk ist als Festung eine neuere Schöpfung der Russen. Der uralte Ort, wo sich die Volksgebiete der Polen, Litauer, Kleinrussen berühren, wurde nach Niederwerfung des polnischen Aufstandes 1831 zum befestigten Platz umgestaltet. Damals wurde am Zusammenfluß des Muchawiez und Bug auf einer Insel des letzteren das Kernwerk des Platzes angelegt, ein bastionierter Bau mit mächtigen freistehenden Mauern. Er ist noch heute vorhanden, aber so widerstandsfähig er ehemals gewesen sein mag, so wenig dürfte er heute der Bedienung durch die schwerste Artillerie trocken können. Seit 1871 wurde die Festung erheblich verstärkt, seit 1895 erhielt sie vorgegebene Werke.

Gegenwärtig sind zehn vorgeschobene Forts neuer Art vorhanden, deren Widerstandsfähigkeit indessen kaum wesentlich höher sein dürfte als die der Forts von Rono-Georgiewsk und der Warschauer Westfront. Die Nordfront zwischen dem Bug unterhalb Brest-Litowsk bis zur Eisenbahn nach Minsk zählt vier Forts, darunter das stärkste des Platzes, Fort Berg. Sie liegen nur fünf Kilometer vom Kernwerk entfernt. Die Ost- und Südfront hat ebenfalls ein Fort von der genannten Eisenbahn bis zum Bug oberhalb der Festung; ihre Entfernung vom Kernwerk beträgt rund 6 Kilometer. Am Westufer des Bug liegen zwei Forts auf 4 bis 5 Kilometer vorgeschoben.

Kurz vor Kriegsausbruch war der Bau neuer Werke namentlich zweier Forts auf dem westlichen Bugufer in Angriff genommen worden. Ihre Entfernung von Festungsinnern wird auf 8 bis 9 Kilometer angegeben. Weit der Bug inzwischen gediehen ist, weiß man nicht; immerhin ist anzunehmen, daß die Russen fleißig daran gearbeitet und mindestens eine starke vorgeschobene Stellung entwickelt haben, wie wir sie vor Wagnorod, Warschau, Rowno trafen, ohne daß der Angriff aufgehalten wurde. — Männer, nicht Mauerwerk machen heute wie zu allen Zeiten den Wert einer Festung aus.

Was das Borgebiet der Festung betrifft, so wird sie im Norden und Westen auf den Grenzen der Wirkung schwerer Artillerie von Höhen umschlossen, während die Süd- und Ostfront durch Sumpfgelände ziemlich gut geschützt sind.

Ueber das Sumpfgelände der Poljesje (Kotlinojumpsje) schreibt ein Landesuntersucher der „R. Ztg.“: Es hat die Form eines Dreiecks, das durch die Städte Brest-Litowsk, Kiew und Minsk gebildet wird; die größte Stadt im engeren Sumpfgelände selbst ist Brest, wonach das Sumpfland in der russischen Literatur wohl auch als „Sumpfe von Brest“ bezeichnet wird. Der mit einer der wenigen Eisenbahnen, die durch dieses Sumpfgelände führen, es durchschneidet, dem bietet sich ein eigenartlicher Anblick, der bei aller Eindringlichkeit einer gewissen Mächtigkeit nicht entbehrt. Kilometer nach Kilometer läuft der Bug durch Sumpfwald, wo nur hier und da einmal eine Bauernhütte auf menschliche Bewohner hindeutet, während sonst das Gebiet unbewohnt und verlassen erscheint. An den Bäumen bemerkt man in größerer Zahl Wieselbäume, deren Pflege der Bauernhof obliegt. Die russische Regierung hat etwa seit dem Jahre 1873 diesem riesigen Gebiet ihre Aufmerksamkeit zugewandt. Es ist zuerst wissenschaftlich aufgenommen und untersucht worden, und im Anschluß daran waren Entwässerungsarbeiten vorgenommen die sehr erhebliche Ergebnisse gezeitigt haben. Die Poljesje, wie die Russen dieses Gebiet nennen, hat nach der wissenschaftlichen Aufnahme im ganzen die Form einer flachen Schüssel mit gehobenen Rändern. Ihren südlichen Rand bildet jene podolische Platte, die sich bis nach Ostgalizien hinein erstreckt und die als eine Art Vorland des Karpatengebietes bezeichnet werden kann. Von dieser Höhe herab läuft eine Anzahl von Flüssen dem Brest zu, dem bekannten Nebenfluß des Dnjepr, der den Hauptwasserlauf der Kottlinojumpsje bildet. In ihrem Oberlauf sind die Flüsse, die von der podolischen Ebene dem Brest zuströmen, Gebirgsflüsse mit starkem Gefälle; sobald sie aber die Ebene erreichen, stößt das Gefälle und der Lauf ihrer Wässer. Der Brest selbst hat in dem Sumpfland seinen Ursprung. Nur eine kleine Schwellung trennt sein Quellgebiet vom Bug, während wiederum das Quellgebiet seiner linksseitigen Nebenflüsse so eng mit dem des Niemens verknüpft ist, daß in der neuen Jahreszeit die beiden Quellgebiete ineinander übergehen. Schließlich gehört auch noch der Unterlauf der Bereina zum Sumpfgelände der Poljesje, die somit ein dichtes Netz langamer Wasserläufe aufweist.

Was nun die Oberflächengestaltung des Sumpflandes betrifft, so wechseln höher gelegene, sandige, und tiefer gelegene, sumpfige Strecken miteinander ab. Die geologische Untersuchung hat erwiesen, daß nach einer Reihe von mannigfaltigen Schichten Schief-

zu schenken, gingen ins Kino, kauften Schokolade für sich, konnten nicht kochen und anderes mehr. Ja, Herr Ohl machte sogar einer Kriegerfrau den Vorwurf, daß sie ihrem Kind ein Stück Schokolade schenkte. Später hat sich herausgestellt, daß der Oberbürgermeister dem Kind das Stückchen Schokolade geschenkt hat. Meine Herren, Ihre Klassengeist, Ihre Klassenphysiologie macht Sie blind für die tatsächlichen Verhältnisse. Und wenn der Ohl'sche Schokoladenfabrikant erklärt hat, er mache in den billigeren Schokoladensorten jetzt bessere Geschäfte, wie vor dem Kriege, so hat das eben seine Ursache darin, daß die Familien ihren Angehörigen im Felde mit der Zusendung von Schokolade eine Freude machen wollen. Sie drehen daraus den Frauen der Kriegsteilnehmer einen Strich und beleidigen sie. (Stadt. Schreiber: Das ist eine Gemeinheit!) Ja, wenn das ober bürgerliche Frauen machen, dann ist das edelmütig, gütig und vornehm. Bei Arbeiterfrauen ist es Verschwendung, und die Frauen wissen nicht richtig zu wirtschaften. Das sind die Gründe für Ihre Ablehnung. Sie beweisen damit wiederum, wie wenig Sie die tatsächliche Lage der arbeitenden Klasse verstehen und begreifen. Auch Ihre vorzügliche Rechenkunst läßt Sie diesmal im Stich, weil die Tatsachen dagegen sprechen. Nehmen wir doch nur eine Frau mit drei Kindern, die einschließlich des Mietzuschusses eine monatliche Unterstützung von 70 Mark erhält. Ihr werden von der Gesamtunterstützung 18 Mark für Miete einbehalten, somit verbleiben noch 52 Mark pro Monat. Das sind für vier Personen monatlich 13 Mark. Rechnen wir jetzt die Ausgaben für Lebensmittel pro Woche, so hat die Frau dafür bei den hohen Preisen mindestens 20 Mark aufzubringen, so daß noch ungedeckt 7 Mark bleiben. Also, wenn Sie eingetragene Frauen machen, meine Herren, dann müßten Sie unserem Antrag unter allen Umständen zustimmen. Aber Sie empfehlen nur allerlei Kochrezepte, senden Ihre Damen in die Arbeiterwohnungen, damit sie alles ausschöpfeln und dort Vorschläge über profitorisches Kochen machen. Dabei sind dieselben Damen häufig noch nicht einmal in der Lage, ohne Hilfe des Dienstmädchens eine Mahlzeit zu bereiten. (Während der Rede des Genossen Dr. Wagner macht sich der nationalliberale Landtagsabgeordnete Bauert Wohlfaß, wieder durch lebhaftes Unterhalten mit seinen Parteifreunden störend bemerkbar.) Meine Herren, wo bleiben denn noch die Ausgaben für Schuhe und Kleidung für die Kinder? Dazu langt die jetzige Unterstützung überhaupt nicht. Nun stellt der Herr Oberbürgermeister die Frage: Wie sind die Gelder für solche Ausgaben aufzutreiben? Diese Gelder müßten einfach aufgebracht werden; sind sie doch ganz unbedeutend im Verhältnis zu den gewaltigen Opfern, die die Männer dieser Kriegerfrauen im Felde bringen. In welcher Weise verweilen das Geld vergeblich wird, zeigt ja der Hanauer Kartoffelstand. Haben auch meine Bemühungen, Sie von der Not der armen Bevölkerung zu überzeugen, keinen Zweck, so hielt ich es doch für meine Pflicht, die gegen die Kriegerfrauen ausgesprochenen Beleidigungen hier aufs schärfste zurückzuweisen.

Stadt. Ohl: Was ich im Finanzausschuß gesagt habe, halte ich auch heute noch aufrecht. Ich habe damit aber die 2000 Kriegerfrauen nicht beleidigt. Mir ist erzählt worden, daß die Kriegerfrauen ins Kino gehen, Schokolade essen, und es ist auch richtig, daß sie nicht ordentlich wirtschaften können. Statt einer ordentlichen Suppe wird nur Brot, Wurst und Kaffee verzehrt. Die Kriegerfrauen sollten unsere Volkstüchen mehr in Anspruch nehmen, dort erhalten sie eine gute, kräftige Suppe. (Wir empfehlen Herrn Ohl, einmal acht Tage lang die Probe aufs Exempel zu machen, wie bald wird er zurück sein! D. W.) Die Unterstützung ist ausreichend. Wir haben im Januar die Erhöhung der Unterstützung abgelehnt, um den Steuerfiskus nicht noch mehr zu belasten, und das sind auch diesmal die Ursachen und Gründe, weshalb wir ablehnen. Wenn also die Frauen etwas mehr haben wollen, so sollen sie an die private Fürsorge und in unsere Volkstüchen gehen.

Oberbürgermeister Dr. Gesebusch gibt zunächst zu, daß er dem betreffenden Kind tatsächlich ein Stück Schokolade geschenkt habe. Er führt aus, daß der Magistrat mit Rücksicht auf die weitere Verlesung des Steuerbüchchens abgelehnt habe. Hanau sei nicht zu den leistungsschwachen Städten gerechnet worden, und vom Staat sei nach dieser Richtung hin nichts zu erwarten. Auch die gewöhnlichen Mietzuschüsse würden vom Staat nicht mehr zurückerstattet. Um Härten zu mildern, sei der von der hiesigen Bürgerschaft gesammelte Fonds in Höhe von 120 000 Mark zur Verfügung gestellt worden. Abner unterstützt die Äußerungen Ohl's in bezug auf die Volkstüchen und betont, daß der Schaden für die verpaukten Kartoffeln nur 12 000 Mark betrage.

Stadtverordneter Genosse Crag: In bezug auf die private Kriegsfürsorge habe ich meine Bedenken. Herr Ohl hat mit seiner Rede natürlich seine bürgerlichen Kollegen kopfschüttelnd gemacht. Seine Ausführungen in bezug auf das angeblich üppige Leben der Kriegerfrauen sind vollständig hinfällig. Er hat hier nicht vorurteilsfrei polemisiert. Die Frauen und die Arbeiter sind doch nicht schuld, daß wir Krieg haben. Ueberflut ist auch im Arbeiterhaushalt

lich eine für das Wasser undurchlässige Schicht folgt, die natürlich eine Schwierigkeit für die Wasserzufuhr bildet. Hierzu kommt nun, daß, wie gesagt, die Zufüsse des Bripet, sobald sie in die Niederung eintraten, ihr Gefälle verlieren und infolgedessen Ueberflutungen hervorzubringen. Die Schneeschmelze in Bohemien tritt gewöhnlich im Februar und März ein, also in einer Jahreszeit, wo die Stämme der Wolzhe noch fest zugefroren sind. Da wirkt das Eis nun wie ein Rückstau und verdonnelt weite Gebiete in einen einzigen großen See.

**Die Drest-Litowsk Festung wurde,**

dortüber berichtet anshaulich Pauline Wengeroff in ihren „Memoiren einer Großmutter“, die 1908 im Verlage von M. Poppelauer erschienen sind.

Es war an einem schönen Sommertage des Jahres 1831. Da hielt Kaiser Nikolaus I. mit einem glänzenden Gefolge auf dem sogenannten Tatarischen Berge vor Drest-Litowsk. An seiner Seite befand sich der Kronprinz, der damals erst 17 Jahre alte Alexander II. Vater und Sohn, welsch ein Unterschied, auch rein äußerlich. Nichtsahnend und grollend war Nikolaus I., während Alexander II. radschwarzes Haar und schwarze Augen hatte. — Der Himmel hüllte sich tiefblau über den weiten grünen Wiesen, die Sonnenstrahlen brachen sich taufendförmig in den Brillanten der Orden und dem Golde der reichgeputzten Uniformen. — Stauend stand die Menge ringsum. — Der Zar zeigte in seiner lebhaften Art mit der Rechten bald hier, bald dorthin. Generale und Adjutanten sprengten im Galopp über den Wiesenplan und erhalteten Meldungen. — Das Volk erging sich in allerlei Mutmaßungen, die Erregung und die Neugier wuchs aufs höchste. Endlich wurde bekannt, daß der Kaiser das ganze Gelände der alten Stadt Drest für eine Festung erster Klasse bestimmt hatte.

Wenige Monate vergingen, da erschien ein Ukas, wonach alle Häuser geräumt werden und die Einwohner sich auf einem, etwa vier Werst von der Altstadt entfernten Gebiet von neuem anbauen sollten. Freilich sollte jeder Eigentümer reichlich entschädigt werden. Trotzdem verbreitete dieser Befehl Schrecken. Abnten doch diese Unglücklichen, was ihnen bevorstand, wählten sie doch, was sie von den Versprechungen der Regierung zu halten hatten.

Es wurde eine Abschätzungs-Kommission gebildet, aber sie brachte

nicht herbei. Die Frauen sind wirklich nicht auf Rosen gebettet. Machen Sie wenigstens einen anständigen Zwischenvorschlag, aber schweigen Sie sich nicht vollständig aus, das Interesse der Sache verlangt ein schnelles Eingreifen.

Dr. Wagner: Herr Ohl erklärt die Vorgänge im Finanzausschuß für Kleinigkeiten, die man nicht zur Kenntnis der Öffentlichkeit bringen dürfen. Da habe ich eben einen anderen Begriff von der Ehre unserer Kriegerfrauen. Sie reden heute von den großen finanziellen Opfern der Stadt. Die ungeheuren Blutopfer verpflichten uns, die Kriegerfrauen nicht hungern und im Elend sterben zu lassen. Wenn Herr Ohl behauptet, daß es den Kriegerfrauen besser geht, wie vor dem Kriege, dann hat er lebendig beschäftigt, was wir immer sagten, daß die wirtschaftliche Lage der Hanauer Arbeiter eine erbärmliche ist. Wenn Sie davon reden, daß wir die hohe Summe für Notstandsarbeiter ausgegeben hätten, so liegt das eben daran, daß die Hanauer Arbeitgeber der Metallindustrie ihre Arbeiter bei Kriegsbeginn ohne Berücksichtigung der 14tägigen Kündigungsfrist sofort entlassen haben. Sie sind keiner ihrer sozialen Verpflichtungen gegenüber ihren Arbeitern nachgekommen, rücksichtslos haben sie ihre Arbeiter aufs Straßenpflaster geworfen. Gewiß hat auch ein kleiner Teil von Arbeitgebern sozialen Verständnis an den Tag gelegt und den Frauen ihrer Arbeiter eine monatliche Rente bewilligt. Die Gesamtsituation verlangt energisch von uns, daß wir die Frauen der Kriegsteilnehmer nicht im Stich lassen, deshalb bitte ich nochmals, unserem Antrag zuzustimmen.

Stadtverordn. Berges: Ich bedaure sehr, daß die Äußerungen im Finanzausschuß über die Kriegerfrauen hier in breiter Öffentlichkeit wiedergegeben worden sind. Die Kommissionsberatungen sind dazu da, daß man sich offen ausdrückt, damit ist aber nicht gesagt, daß man jede Kleinigkeit gleich in die Öffentlichkeit zerren muß. Wir haben alle Opfer gebracht, und die finanziellen Verhältnisse manches Arbeitgebers sind nicht so, wie die anderer Kriegerfrau. Das geht nicht mehr so weiter, wir können nicht alles auf den Steuerfiskus übernehmen. Verlangt doch schon die Deckung der Kriegsausgaben eine Steuererhöhung von 50 bis 60 Prozent. Davon würden die Arbeitgeber und Gewerbetreibenden doch am schwersten getroffen. (Stadtverordn. Crag: Die Arbeiter müssen davon auch bezahlen!) Man kann von den Arbeitgebern nicht verlangen, daß sie in dieser Beziehung noch mehr Opfer bringen. Wir lehnen deshalb die Erhöhung als ungerathen ab.

Der Oberbürgermeister nimmt darauf noch einmal das Wort, um in längerer Rede zu betonen, was Hanau und die Arbeitgeber alles getan hätten für ihre Arbeiter. Er wisse sehr wohl, daß Hanau ein teures Pflaster wäre, aber das ginge anderen Städten auch so. Unter der Leitung hätten nicht nur die Arbeiterfrauen, sondern auch die kleinen Beamten mit einem Einkommen bis zu 800 Mark sehr schwer zu leiden. Man könne von diesen Leuten doch keine erhöhte Steuer fordern, um sie den Minderbemittelten auszugleichen. Der Magistrat habe sich bei der Ablehnung des sozialdemokratischen Antrags nur von rein finanziellen Gründen leiten lassen.

Für den sozialdemokratischen Antrag stimmte nur die sozialdemokratische Fraktion. Nicht der Mühe wert, den Frauen eine erhöhte Unterstützung zukommen zu lassen, hielten es die Stadtverordneten: Bauert Wohlfaß, Aburger, Berges, Dr. Ambrosius, der nationalliberale Arbeiter Barnidel, Justizrat Uth, Bierner, Brünning, Förster, Gerhardt II., Kämmerer, W. Müller, Ohl, Forst, Koeje, Wolf. — Nach dieser Sitzung wurde geheim weiter gesagt.

**Unterstützung bedürftiger Familien der Kriegsteilnehmer.**

Der Abgeordnete Wiegand hat der Zweiten Kammer des hessischen Landtages folgenden Antrag unterbreitet:

„Die Kammer wolle beschließen, die Großherzogliche Regierung zu eruchen, dahin zu wirken, daß, insoweit nicht eine gesetzliche Erhöhung der den bedürftigen Familien der Kriegsteilnehmer von Reichswegen zustehenden Unterstützungen stattgefunden hat, von allen Lieferungsverbänden ein Zuschuß in Höhe von mindestens der Hälfte der derzeitigen gesetzlichen Unterstützung gewährt wird.“

In der Begründung wird ausgeführt: Bei den gegenwärtigen hohen Preisen aller Lebensmittel und Lebensbedürfnisse ist, darüber kann kein Zweifel sein, die Mindestunterstützung, die den bedürftigen Familien der Kriegsteilnehmer von Reichswegen gewährt wird, nicht ausreichend. Die Not in den Kriegerfamilien wächst immer mehr, je länger der Krieg dauert und je mehr die etwa in einzelnen Familien vorhanden gewordenen

nichts zustande. Die Regierung machte kurzen Prozeß. Jeder Hauseigentümer mußte sein Haus binnen einer lang bemessenen Frist selber abbrechen und sich anderweitig Unterkunft verschaffen. Im übrigen wurde er auf den Rechtsweg verwiesen, auf den russischen Rechtsweg. Vorläufig erhielt er keine Koppe für sein Hab und Gut, er mochte sehen, wie er weiter kam. — Wer Geld austreiben konnte, suchte sich eine neue Wohnung zu beschaffen. Das gelang aber nur sehr wenigen, die meisten blieben ohne Obdach. Viele wurden zu Bettlern, viele verkommen oder wanderten aus. Die Entschädigungsprozesse wurden erst nach fünfzehn Jahren entschieden.

Die Frist war verstrichen. Wer sein Haus nicht geräumt hatte, wurde auf die Straße gesetzt. Die Polizei konnte kein Erbarmen. Furchtbare Szenen spielten sich dabei ab, wenn die Armen der Armen mit ihren Gerätschaften ins Elend zogen. Es war ein trauriger Zug, der sich in jenen Tagen durch die Straßen der alten Residenz der Fürsten Rodzivil bewegte.

Dem Zuge des Elends folgte der Zug des Todes. Auch der jüdische Friedhof mit seinen uralten Grabsteinen und Tafeln sollte geräumt werden. Da hat kein Flehen, kein Beten der Gemeinde und ihres Rabbiners, die Stätte zu schonen, in der seit Jahrhunderten die Gebeine ihrer Väter ruhten. Der schredlichste Fluß der Juden lautet: „Die Erde soll keine Gebeine herauswerfen!“ Diesen Fluß haben die Unglücklichen ohne jegliche Schuld mit Grausen an ihren Angehörigen erfüllt. — Der Tag des Schreckens erschien, alles faulete, jung und alt, reich und arm. In der Synagoge wurde die Heilige Schrift verlesen, die Gemeinde weinte inbrünstig und bog sich mit Säcken aus grauer Leinwand nach dem alten Gottesacker. Die ganze Gemeinde beteiligte sich daran, den Inhalt der aufgeschauelten Gräber in die Säcke zu schüttelein, mit einem dicken Bindfaden zu verschüttern und auf die bereitstehenden Wagen zu schichten. Hier gab es keinen Unterschied. Alle waren gleich. Die ganze Volksmenge war bei dieser Handlung tief ergriffen. Hier trauerte nicht eine Familie um einen Angehörigen, sondern eine ganze Bevölkerung um ihre geschiedenen Toten. — Endlich waren alle Gräber ausgehoben, die Wagen beladen und mit schwarzen Tüchern verhüllt. Der Kantor stimmte das Totengebet an, und unter militärischer Bedeckung setzte sich der Totenzug in Bewegung . . .

Erbsparnisse aufgebraucht sind. Insbesondere schwer fällt den Betroffenen die Zahlung der Wohnungsmiete. Auch die einzelnen Gemeinden können bei der langen Kriegsdauer und da durch die fortschreitenden Einberufungen älterer Leute die Zahl der Bedürftigen sich fortgesetzt vergrößert, nicht in dem notwendigen Umfange Hilfe leisten, auch wegen der sonstigen durch den Krieg hervorgerufenen großen Ausgaben und Einbußen.

In Erwägung der Verhältnisse hat der größere Teil der Lieferungsverbände zu den reichsgeförderten Unterstützungen Zuschüsse bis zur Hälfte der letzteren, teilweise noch höhere, bewilligt. Ein Teil hat dies nicht getan, gibt überhaupt keine regelmäßigen Zuschüsse. Infolgedessen werden die Familien der Kriegsteilnehmer in dem Lande sehr verschieden unterstützt, obgleich die Verhältnisse doch fast die gleichen sind, ihre Not ist in dem einen Teile größer wie in dem anderen. Es dürfte sich empfehlen, die Zuschüsse zur Zahlung der Wohnungsmieten vermindern zu lassen, da gerade diese Zahlung die größte Schwierigkeit hervorruft.

Bildingen, 26. Aug. (Bernünftiger Beschluß). Dem Wunsche des Kreisamts entsprechend, der unbemittelten Bevölkerung das Postamt unentgeltlich zur Verfügung zu stellen, haben im Kreise bis jetzt folgende Gemeinde entprochen: Mittelgründau, Bingenheim, Geiß-Ridda, Heinschen, Ober-Rodstadt, Hohenbach, Schwidarshausen, Waltenhausen, Berghelm, Röhden, Vorchach, Douersheim und Nidellau.

Hannau, 27. Aug. (Angemessene Marktpreise für Samstag). Nach den Beschlüssen der Marktpreiskommission sollen für morgen folgende Preise Geltung haben:

Gemüse.		Obst.	
Kopfsalat . . . das Stück	5-12	Apfel . . . das Pfund	8-15
Endivien . . . . .	6-10	Birnen . . . . .	7-14
Reitich . . . . .	6-10	Pflaumen . . . . .	10-15
Ober-Kohlraabi . . . . .	4-7	Fallobst . . . . .	3-6
Wirsing . . . . .	10-20	Kweitschen . das Hundert	8-12
Weißkraut . . . . .	10-25	Paradiesäpfel das Pfund	10-15
Rotkraut . . . . .	15-30		
Burken . . . . .	5-25		
Burken zum Einmachen			
das Hundert 1.50-3.50			
Gelbe Rüben das Pfund (ohne Kraut) . . . . .	10		
Gelbe Rüben . . . . . das Pfund	8		
Neue Erbsen das Pfund bis zu 40			
Neue Stangenbohnen das Pfund	18-20		
Neue Buschbohnen das Pfund	14-16		
Spinat . . . . .	15-20		
Kartoffeln . . . . .	6		
Fische 1/2 kg.			
Gewöhnliche Sorte . . . . .	30		
Bessere Sorte . . . . .	40		

Offenbach a. M., 27. Aug. (In der gestrigen öffentlichen Stadtverordnetenversammlung) wurden weitere 500 000 Mk. für die hiesige Kriegsjahresbewilligung bewilligt. Bis jetzt hat die Stadt die respektable Summe von 1 900 000 Mk. ausgegeben. Vereinnahmt wurden bis jetzt 995 000 Mk. Den hiesigen Beamten und Arbeitern, die nicht zum Herceendienst einberufen sind, wurde mit Wirkung vom 1. Juli d. J. während der Dauer des Krieges eine Teuerungszulage nach folgender Grundlage bewilligt: Verheiratete mit weniger als 2000 Mk. Einkommen ohne Kinder 1 Mk. monatlich, Verheiratete mit 1 oder 2 Kindern 1.50 Mk., Verheiratete mit 3 oder 4 Kindern 2 Mk., Verheiratete mit mehr als 4 Kindern 2.50 Mk. Die gleiche Teuerungszulage wurde auch für die erwerbsbeschränkten hiesigen Arbeiter einstimmig beschlossen. Die bisher von der Stadt an die hiesigen Beamten bezahlte Kaufsumme für Aufnahme der amtlichen Beförderungsmittel wird um 25 Prozent ab Beginn des Krieges auf die Dauer des Krieges erhöht. Begründet wurde diese Erhöhung mit dem großen Umfang von Beförderungsmitteln, die durch den Krieg bedingt sind und von der Kriegshilfe und der Militärbehörde ausgehen.

Darmstadt, 26. Aug. (In der heutigen Sitzung der Stadtverordneten-Versammlung) erklärte die Verwaltung auf eine Interpellation, daß sie in der Milchfrage sich an den bekannten Frankfurter Beschlüssen beteiligt hat (was in der Presse bisher nicht zum Ausdruck kam) und auch weiter daran festhält. In der Debatte wurde die interessante Feststellung gemacht, daß zahlreiche Landwirte in den benachbarten vorderen Odenwaldhöfen (Georgenhausen usw.) in aller Stille ihren Viehbestand abgekauft haben, nachdem sie jahrelang in Darmstadt als Milchlieferanten aufgetreten sind, oder wie ein Stadtverordneter sich drastisch ausdrückte, nachdem sie jahrelang uns gemolken haben. Die Viehwirtschaft ist eben jetzt rentabler; da handeln diese Leute fraglos als kluge Geschäftsmenschen. Als den bei der Stadtverwaltung beschäftigten ständigen Arbeitern eine Familienzulage bewilligt wurde, regten die Sozialdemokraten an, auch den unabhängigen Arbeitern diese Zulage zukommen zu lassen. So wurde heute eine Vorlage genehmigt, die den unabhängigen Arbeitern, die als Ersatz für die zum Kriegsdienst eingezogenen ständigen Arbeiter beschäftigt werden, ferner den Hilfs- und Nachschubleuten, den Sanitätsleuten, den Laternenanzündern und den nichtangestellten Unterbeamten und Bediensteten eine Teuerungszulage in Form einer Familienunterstützung bringt. Sie richtet sich nach der den ständigen Arbeitern gewährten Zulage, mit der Maßgabe, daß dadurch die Einkommensgrenze von 2000 Mark nicht überschritten wird. Der Mehraufwand begiffert sich auf 18 000 Mark jährlich. — Da die derzeitigen Räume der Volkshäuser nicht mehr ausreichen, wurde vom Vorstand ein Erweiterungsbau beschlossen, für den Fall, daß die Stadt die Kosten (etwa 35 000 Mark) gegen hypothetische Sicherstellung übernimmt. Das Stadtverordnetenkollegium erklärte sich damit einverstanden. — Im Zusammenhang mit einer Beschwerde über den Betrieb der Arbeitszentrale wurde von sozialdemokratischer Seite beklagt, daß Kriegerfrauen keine Arbeit zuweilen bekommen konnten, weil Beamtenfrauen diese Arbeit vorwegbekommen hatten.

Wiesbaden, 26. Aug. (Armenunterstützung.) Nach einer Bekanntmachung des Bürgermeisters werden Armenunterstützungen künftig am 29. eines jeden Monats ausbezahlt und zwar von 8 bis 1 Uhr vormittags. Fällt der 29. auf einen Sonn- oder Feiertag, dann gibt es die Unterstützung einen Tag früher.

Wiesbaden, 26. Aug. (Weitere tödliche Unfälle.) Der 18jährige Kesselwärter O. Kramer aus Eiserfeld wurde auf der Straße „Velderbund“ in der Zentrale hinter der Schalltrassel als verlorbete Leiche aufgefunden. — Der französische Gefangene Dewaux wurde auf der „Eisernen Hütte“ von fallenden Schindelmassen verschüttet und tot herbeigeholt.

**Briefkasten der Redaktion.**

J. S. Bodenstein. Darüber ist offiziell noch nichts bekannt. Wir sind deshalb nicht in der Lage, die Abänderung bekannt zu geben.

**Feldpost.**

Schulz, R. Hr. Tr. Sie haben am 1. Juni bestellt. Schales B. R. Ist erledigt. R. E. Laminus. Wer es brachte, wissen wir nicht. Erstreiter Gudek. Die falsche Adresse ist mit allen Ihren Fehlern angegeben worden. Warum meldeten Sie den Mangel nicht früher? Ehardt. Beachten Sie die Mitteilungen in der Feldpost. Rügner. Weid ist eingetroffen, es stimmt.